

Antrag

der Abgeordneten Dagmar Wöhrl, Anita Schäfer (Saalstadt), Karl-Josef Laumann, Christian Schmidt (Fürth), Dietrich Austermann, Dr. Gerd Müller, Johannes Singhammer, Klaus Hofbauer, Ulrich Adam, Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), Veronika Bellmann, Dr. Rolf Bietmann, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dr. Wolfgang Bötsch, Klaus Brähmig, Gitta Connemann, Alexander Dobrindt, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Erich G. Fritz, Dr. Michael Fuchs, Hans-Joachim Fuchtel, Dr. Reinhard Göhner, Kurt-Dieter Grill, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Helmut Heiderich, Jürgen Herrmann, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Volker Kauder, Thomas Kossendey, Rudolf Kraus, Dr. Martina Krogmann, Dr. Hermann Kues, Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg), Barbara Lanzinger, Ursula Lietz, Wolfgang Meckelburg, Friedrich Merz, Laurenz Meyer (Hamm), Dr. Georg Nüßlein, Dr. Joachim Pfeiffer, Hans Raidel, Helmut Rauber, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz Romer, Kurt J. Rossmanith, Hartmut Schauerte, Marion Seib, Bernd Siebert, Thomas Silberhorn, Max Straubinger und der Fraktion der CDU/CSU

Konversionsregionen stärken – Sechs-Punkte-Plan zur Strukturpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Deutschland befindet sich in der tiefsten Strukturkrise der Nachkriegszeit. In besonderem Maße sind strukturschwache Regionen in Deutschland von der mehrjährigen ökonomischen Talfahrt betroffen.
2. Durch die von der Bundesregierung beschlossene Reduzierung der Bundeswehr im Rahmen des von uns so nicht befürworteten Umbaus der Streitkräfte sowie den angekündigten Truppenabbau der Vereinigten Staaten von Amerika in Europa und Deutschland sind weitere massive Einschnitte in die Wirtschaftstätigkeit, die Beschäftigung und damit insbesondere für die wirtschaftliche und soziale Lage in vielen Kommunen zu erwarten. Mit dem Abbau bei Streitkräften und zivilen Beschäftigten ist unmittelbar ein erheblicher Verlust an Kaufkraft verbunden. Wohnungsleerstand und eine weiter steigende Arbeitslosigkeit werden die Folge sein. Die bereits heute teilweise prekäre Lage wird sich damit weiter spürbar verschärfen.

Dieser absehbaren Entwicklung muss die Bundesregierung schon in Ausübung ihrer Fürsorgepflicht für die Angehörigen der Bundeswehr entgegenwirken: Personalveränderungen müssen auf ein sozial verträgliches Maß beschränkt werden. Für Soldaten und Zivilbedienstete müssen in ausreichender Zahl Umschulungsmaßnahmen, Ausbildungsplätze und -kapazitäten bereitgestellt werden, um möglichst vielen von ihnen eine neue Beschäftigung und

ein Verbleiben am bisherigen Standort zu ermöglichen. In entsprechende Maßnahmen können auch die Zivilbeschäftigten der US-Streitkräfte einbezogen werden.

3. Die Wirtschafts- und Sozialstruktur in den Standortgemeinden ist in der Regel stark auf die Bundeswehr sowie die amerikanische Truppenpräsenz ausgerichtet. Die Gemeinden haben in die örtliche Infrastruktur, Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Schulen usw. im Vertrauen auf den dauerhaften Bestand des jeweiligen Standortes investiert. Diese Einrichtungen werden nach der Standortschließung bzw. -reduzierung nicht mehr ausgelastet sein und können sich zu dauerhaft kostenträchtigen Überkapazitäten entwickeln, die die Kommunalhaushalte nachhaltig belasten. Vielerorts wird das notwendige „Downsizing“ der Anlagen nur mit Hilfe des Bundes, des Landes und der EU möglich sein.
4. Die Bundesregierung hatte in ihrer Unterrichtung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit des Deutschen Bundestages vom 21. September 2004 zu den wirtschaftlichen Folgen des Abzugs von US-Streitkräften aus Deutschland erklärt, dass Standortentscheidungen der Bundeswehr ausschließlich nach den vorgegebenen militärischen/funktionalen und betriebswirtschaftlichen Kriterien erfolgen. Strukturpolitische Gesichtspunkte würden nicht berücksichtigt. Diese rein verteidigungspolitische Maßgabe entbindet die Bundesregierung jedoch nicht von ihrer ganzheitlichen strukturpolitischen Verantwortung.

Die Bundesregierung steht daher in der Pflicht und Verantwortung, durch eine effiziente und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattete Strukturpolitik die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass strukturschwache Regionen die Chance wahrnehmen können, ein Mehr an Beschäftigung und Wachstum zu schaffen, insbesondere dort, wo durch politische Entscheidungen – wie den Truppenabbau – die Arbeitsmarktlage und Wirtschaftssituation unmittelbar und schlagartig verschärft wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Strukturpolitik so auszugestalten, dass die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und mehr Wachstum in strukturschwachen Regionen nachhaltig unterstützt wird. Das Instrument der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) wurde auch für diesen Zweck geschaffen und darf nicht durch Mittelkürzungen geschwächt werden. Dabei darf der Verteidigungshaushalt nicht zur Finanzierung strukturpolitischer Maßnahmen in Anspruch genommen werden;
2. die von negativen Auswirkungen der Konversionsmaßnahmen in erheblichem Umfang betroffenen Regionen durch ein Sofortprogramm nachhaltig zu stärken;
3. sich für den Erhalt zusätzlicher Mittel aus dem europäischen Strukturfonds einzusetzen;
4. dafür Sorge zu tragen, dass in den bestehenden Struktur- und Förderprogrammen des Bundes, der Länder und der Europäischen Union die wirtschaftlich negativen Auswirkungen der Konversion angemessen berücksichtigt werden;
5. zur Verbesserung der Wachstumschancen und Erleichterung des anstehenden Strukturwandels eine verbilligte Abgabe der zu Verteidigungszwecken nicht mehr benötigten Liegenschaften an die jeweiligen Kommunen oder an ansiedlungswillige Unternehmen zu ermöglichen und sich an der Sanierung etwaiger Altlasten ggf. zu beteiligen;

6. die Verfahren zur Freigabe entsprechender Liegenschaften durch die Bundesvermögensverwaltung bzw. die Vermarktung durch die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB) des Bundesministeriums der Verteidigung ebenso zu entbürokratisieren wie zu beschleunigen.

Berlin, den 26. Oktober 2004

Dagmar Wöhrl
Anita Schäfer (Saalstadt)
Karl-Josef Laumann
Christian Schmidt (Fürth)
Dietrich Austermann
Dr. Gerd Müller
Johannes Singhammer
Klaus Hofbauer
Ulrich Adam
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Veronika Bellmann
Dr. Rolf Bietmann
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Dr. Wolfgang Bötsch
Klaus Brähmig
Gitta Connemann
Alexander Dobrindt
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Reinhard Göhner
Kurt-Dieter Grill
Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg
Helmut Heiderich
Jürgen Herrmann
Ernst Hinsken

Robert Hochbaum
Volker Kauder
Thomas Kossendey
Rudolf Kraus
Dr. Martina Krogmann
Dr. Hermann Kues
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Barbara Lanzinger
Ursula Lietz
Wolfgang Meckelburg
Friedrich Merz
Laurenz Meyer (Hamm)
Dr. Georg Nüßlein
Dr. Joachim Pfeiffer
Hans Raidel
Helmut Rauber
Hans-Peter Repnik
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Kurt J. Rossmanith
Hartmut Schauerte
Marion Seib
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Max Straubinger
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

